



ARCHIWUM
LEGIONÓW
i N. K. N.
Nr 647

RAJSKI.

Deutschland Oesterreich-Ungarn Polen.

Ein Beitrag zur Lösung der polnischen Frage.



BEUTHEN O.-S.

Druck und Verlag des »Katolik«, V. G. m. b. H.

1918.

647

leg. 1018

A. NAPIERALSKI.

Deutschland Oesterreich=Ungarn Polen.

Ein Beitrag zur Lösung der polnischen Frage.



BEUTHEN O.-S.

Druck und Verlag des »Katolik«, V. G. m. b. H.

1918.

Die Tatsache, dass ich zu denjenigen polnischen Politikern gehöre, welche vom ersten Tage des Krieges an sich unzweideutig auf die Seite der Centralmächte gestellt haben, weil sie die Zukunft eines selbständigen polnischen Staates in einem festen Bündnisse mit dem Deutschen Reiche erblicken, und der Umstand, dass ich diese meine Ueberzeugung in der von mir beeinflussten polnischen Presse Preussens und Kongresspolens vertreten habe und vertrete, gibt mir, wie ich glaube, ein Recht, jetzt, wo die Dinge im Osten einer endgiltigen Regelung entgegengehen, einige Gedanken über die Lösung der polnischen Frage deutschen Politikern zur Erwägung zu unterbreiten. Dies umsomehr, als ich mit Bedauern sehe, dass gewichtige politische Kreise Deutschlands einer Lösung dieser Frage das Wort reden, die ich weder für die Zukunft Deutschlands noch diejenige Polens für nützlich halte.

* * *

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, dass die für Polen günstige Stimmung in Deutschland, aus der die Proklamation vom 5. November 1916 geboren wurde, einer Stimmung gewichen ist, die in Gegensatz zu den früheren grossen Hoffnungen heute in beinahe ärgerlicher Enttäuschung von Polen nicht nur nichts erhofft, sondern das Vorhandensein der polnischen Frage als ein die Neuordnung im Osten erschwerendes Hemmnis empfindet. Daher kommt es, dass man vielfach jene Pro-

klamation bedauert, die durch sie angekündigte Richtung der Lösung als verfehlt hinstellt und andere Lösungen empfiehlt, bei denen das Interesse Deutschlands angeblich besser gewahrt werden kann. Die inzwischen geschaffene Ukraina und das im Entstehen begriffene Litauen sollen die früher auf Polen gesetzten Hoffnungen für Deutschland erfüllen.

Welche Ursachen haben diesen Stimmungswechsel veranlasst?

Gesprächen mit Deutschen und Stimmen der Presse entnehme ich, dass in der Hauptsache zwei Ursachen hierfür angegeben werden. Erstens haben die Polen keine Armee geschaffen, die als Bundesgenosse unter Umständen am Kampfe teilgenommen hätte, obwohl sie hierzu die Möglichkeit gehabt haben, und zweitens ist Polen noch nicht zu dem klaren Entschlusse gekommen, sich für ein festes Bündnis mit den Zentralmächten zu entscheiden. Ja, man glaubt aus der Haltung der Polen, nicht nur im Kongresspolen, sondern auch anderwärts, nicht nur aus Stimmen der Presse, aus Kundgebungen ihrer öffentlichen Versammlungen, sondern auch aus Erklärungen ihrer offiziellen politischen Vertretungen schliessen zu sollen, dass ein Anschluss an die Zentralmächte von ihnen nicht erstrebt wird.

Und wenn zu alledem noch der Eindruck des politischen Negativismus hinzutritt, den die Deutschen bei der Betätigung am Bau des Staates bei den Polen im Kongresspolen beobachten können, dann erscheint es mir begreiflich, dass deutscherseits hieraus der Schluss gezogen wird, die Polen stellen einen wenig wertvollen politischen Faktor dar, weil es ihnen am positiven Sinne für staatliche Aufgaben mangelt.

Ich muss zugeben, dass manche Erscheinungen des politischen Lebens der Polen in den letzten 2½ Jahren von Deutschen so gedeutet werden können. Ich habe auch nicht die Absicht, meine Landsleute von jeglichem

Verschulden an der wenig erfreulichen Situation, in der sich die polnische Frage in diesem Augenblicke befindet, freizusprechen.

In Sachen der Armee darf jedoch nicht ungesagt bleiben, dass diese Frage von vornherein auf ein unrichtiges Gleis gestellt wurde, als man die Armee im Wege freiwilliger Werbung zu schaffen beabsichtigte. Dass dieser Weg nicht zum Ziele führen konnte, beweist England und Amerika, wo man entgegen der militärischen Tradition zum gesetzlichen Zwange greifen musste, um die Armee zustande zu bringen. Hätte man dasselbe in Polen getan, der Erfolg wäre sicher ein anderer gewesen. Um das zu erreichen, hätte man allerdings schon im Jahre 1916 die Vorbedingungen für den Staat Polen schaffen müssen, die es ihm ermöglicht hätten, eine Armee zu gründen.

Aber die nach aussen wie nach innen ungünstige Entwicklung der ganzen polnischen Frage führe ich auf ein Grundübel zurück, für das die Polen nicht verantwortlich gemacht werden können. Die Quelle aller Ursachen des Misslingens sehe ich darin, dass das eroberte Polen unter die Verwaltung und den Einfluss von zwei Okkupanten gekommen ist.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben zwar in der Proklamation vom 5. November 1916 einen allgemeinen Plan der Regelung der polnischen Frage kundgetan, aber über seine praktische Ausführung haben sie sich bis jetzt nicht geeinigt.

Ich frage: Wenn die Okkupanten, welche die polnische Frage gleichsam zur freien Verfügung in der Hand haben, im Verlaufe von zwei und einhalb Jahren nicht dahin gelangt sind, eine einheitliche Richtung ihrer Lösung zur Tat werden zu lassen, wie sollten die von ihnen vollständig abhängigen und somit nur bedingte Möglichkeiten selbständiger politischer Betätigung habenden Polen zur klaren und einheitlichen Stellung kommen?

Kenner der Verhältnisse wissen, welche Phasen die polnische Frage unter diesen Umständen durchlaufen hat. Sie wissen, wie sie von wechselnden Ereignissen und Stimmungen auf Seiten der Okkupanten hin und hergeschoben wurde und wie sie, in keinem Augenblicke vor Ueberraschungen sicher, niemals darauf rechnen konnte, den in irgend einer Richtung genommenen Lauf konsequent und ohne Hemmnisse bis zu Ende gehen zu können.

Die Stunde verbietet es, diese Dinge genauer auseinanderzusetzen. Dem Politiker dürften die gemachten Andeutungen genügen, um zu verstehen, dass bei diesem steten Wirken und Gegenwirken von mächtigen Einflüssen die polnische Frage nicht ausreifen konnte, und um mit mir zu dem Schlusse zu kommen, dass in der Hauptsache der durch die Okkupation in die Verhältnisse hineingetragene politische Dualismus es ist, der eine günstigere Entwicklung der Dinge in Polen verhindert hat.

Ich glaube, dass diese Imponderabilien der Lage bei jedem Volke gleiche oder ähnliche Wirkungen gehabt hätten. Wieviel mehr musste dies bei den Polen der Fall sein, die, seit über 100 Jahren ihrer politischen Selbständigkeit entäussert, unter einen auf Zerreißung des nationalstaatlichen Gemeinsamkeitsgedankens von drei Mächten ausgeübten Einfluss gestellt, durch Generationen im Misstrauen zu diesen Mächten erzogen, überaus grosse Einbusse an politischer Tatkraft und an positivem, auf politischer Schulung sich gründendem Orientierungsvermögen erlitten haben. Was wunder, wenn sie den klaren Weg nicht fanden! Die Zentralmächte haben ihnen die physische Befreiung gebracht; aus der politischen Sackgasse ihres infolge der Unterjochung in Zweifeln und Unentschiedenheit befangenen Geistes haben sie sie nicht herausgezogen. Ja, der Dualismus hat diese Verhältnisse noch verschlimmert.

Indem ich diese Hauptursache der ungünstigen Entwicklung der polnischen Dinge besonders unterstreiche,

will ich bezüglich weiterer Ursachen, die sich aus der Okkupation selbst und aus allen mit ihr verbundenen Umständen ergeben, nur allgemein darauf hinweisen, dass auch sie ungünstig an der Entwicklung mitgewirkt haben.

Wenn somit in Deutschland die Schuld an der unerquicklichen Entwicklung der polnischen Frage ausschliesslich den Polen zugeschoben wird, so trifft dies nur in bedingtem Masse zu. Ich würde es für die Zukunft Deutschlands und Polens überaus bedauern, wenn aus dieser Meinung heraus Deutschland einer Lösung der polnischen Frage zustrebte, die, von unrichtigen oder politisch kleinlichen Gesichtspunkten geleitet, die Bedeutung Polens für die Zukunft Deutschlands ausser acht liesse.

* * *

Das von allen Staaten anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker ist bei dem Frieden mit der Ukraina und bei der Regelung der litauischen Frage im vollsten Masse zur Geltung gekommen. Wenn dieses Recht als Grundlage der Neuordnung der Dinge im Osten gelten soll, dann wird Polen nicht ohne Unrecht behaupten können, dass es als einziges Volk von den Vorteilen dieses Rechts ausgeschlossen bleibt. Denn von vornherein sind die polnischen Lande in Preussen und Oesterreich dem Verfügungsrechte der polnischen Nation entzogen worden. Deutschland und Oesterreich, die ihre polnischen Lande auf Grund des historischen Rechts behalten, hätten diesen Umstand bei der Regelung der polnischen Frage berücksichtigen und sowohl aus Billigkeitsgründen, als auch aus politischer Vorsicht auf eine Entschädigung Polens für die bei Preussen und Oesterreich verbleibenden polnischen Gebiete bedacht sein sollen. Man hätte Polen das historische Recht ebenfalls in gewissen Grenzen zugestehen sollen.

Wie es scheint, soll dies nicht geschehen. Die polnische Frage soll weder nach dem Selbstbestimmungsrechte noch nach dem historischen Rechte geregelt werden. Diese Tatsache allein genügt, um die Unvollkommenheit der Lösung darzutun. Die anscheinend geplante Neuordnung wird den Polen keinen nationalen Zusammenschluss, sondern eine noch grössere Zersplitterung bringen. Werden sie doch in Zukunft in sechs Staaten: in Polen, Deutschland, Oesterreich, Ukraina, Russland und Litauen leben müssen, während sie vor dem Kriege nur in drei Staaten gelebt haben.

Dies wird jedoch an der Tatsache, dass die polnische Nation auf einem gewissen Areal Europas in Stärke von über 20 Millionen mehr oder minder dicht beieinander wohnt, nichts ändern, ebensowenig daran, dass die Tendenz, sich zu einem staatlichen Organismus zu vereinigen, bei ihr nicht schwinden, sondern naturgemäss noch mehr erstarken wird.

Die Folgen, die sich aus alledem mit psychologischer Notwendigkeit ergeben, sind unschwer vorauszu- sehen. Ich mache den Versuch, sie zu skizzieren.

Aus der durch den Friedensschluss mit Russland festgesetzten Grenzlinie sowie aus der Errichtung des selbständigen Litauens ist anzunehmen, dass der von den Centralmächten geplante polnische Staat, — wenn keine Grenzberichtigungen seitens Preussen erfolgen — etwa 100 bis 110 000 qkm umfassen und etwa 12 Millionen Einwohner zählen wird. Hiervon sind 9 Millionen Polen. Nur die Minderheit der Nation wird somit im selbständigen Polen, die Mehrheit dagegen in fünf anderen Staaten leben. Ein Zustand, der für die Dauer als unhaltbar gelten muss, weil weder die einen noch die anderen Polen mit ihm zufrieden sein können.

Die durchaus natürliche Folge hiervon wird sein, dass das polnische Volk in seiner Gesamtheit fortfährt, die polnische Frage als ungelöst zu betrachten und sein

ganzes Sinnen darauf richten wird, eine bessere Lösung anzustreben.

Die Richtung dieses Strebens ergibt sich von selbst. Da die Zentralmächte es vollkommen in der Hand gehabt haben, die polnische Frage zweckmässig für sich und zugleich günstig für Polen zu lösen, und da sie es nicht getan haben, wird jeder Pole hieraus schliessen, dass sie aus Gründen ihrer Staatsnotwendigkeiten das neue Polen so klein und so schwach als nur irgend möglich geschaffen haben. Hieraus wird er den weiteren Schluss ziehen, dass Polen von einer politischen Gemeinschaft mit ihnen für seine Zukunft mehr nicht zu erwarten hat; also wird ihn der Versuch locken, diese Zukunft auf dem Gegensatze zu ihnen aufbauen zu wollen. Da diese seine Tendenz von der Ententeseite sicherlich in ihm bestärkt wird, so kann es kommen, dass die politische Orientierung der Polen auf ihrer ganzen völkischen Linie sich tatsächlich und definitiv gegen die Zentralmächte, insbesondere gegen Deutschland wenden wird.

Nun könnte Deutschland, wenn es die Stimmung alldeutscher Kreise sich zu eigen macht, nach einem siegreichen Kriege, im Vollbewusstsein seiner Kraft die Feindseligkeit des politisch zersplitterten polnischen Volkes geringachten wollen. Ob dies richtig wäre, glaube ich verneinen zu sollen. Die entschiedene Stellung der Polen gegen Deutschland dürfte nach der unschwer voraussehenden Entwicklung der Dinge im Osten auf die Stellung des ganzen europäischen Ostens vom grössten Einflusse sein.

Auf wen setzt Deutschland hier seine Hoffnungen für die Zukunft?

Auf Litauen? Die Litauer sind ein kleines Volk von 2 Millionen Menschen und dazu ein Volk, das in seiner ganzen Geschichte so wenig staatsbildende Fähigkeiten gezeigt hat, wie kein anderes Volk, das die Mög-

lichkeit hatte, einen Staat zu bilden. Der geplante litauische Staat wird etwa 3 Millionen Einwohner haben. Unter diesen machen die Polen zwar nur etwa 10% aus, aber sie bilden kraft ihrer Kultur und ihres Vermögens die Oberschicht. 70% des ganzen Grossgrundbesitzes gehört ihnen. Die Litauer sind im Gegensatze hierzu in der Hauptsache nur Masse. Kann ein solcher Staat über einen solchen sozialen Faktor im Staate zur Tagesordnung übergehen? Kurland, wo 8% Deutsche das Land beherrschen, gibt die Antwort darauf. Es dürfte klar sein, dass eine deutschfeindliche Stimmung der unzufriedenen litauischen Polen, wenn nicht mehr, dann sicherlich das erreichen dürfte, dass Litauen niemals ein ganz sicherer Bundesgenosse Deutschlands werden würde.

Ukraina? In diesem Lande spielen die Polen, besonders rechts des Dniepr, eine ähnliche Rolle wie in Litauen. Sie gehören zu den Kulturträgern. In Wolhynien und Podolien besitzen sie 50%, in der eigentlichen Ukraina etwa 40% des Grossgrundbesitzes. Sie haben einen überwiegenden Anteil an der Zucker und Spiritusindustrie. In den Städten leben viele intelligente Polen in freien Berufen. Auch polnische Handwerker sind dort in ansehnlicher Anzahl vorhanden. Ich nehme mit allen Politikern, die die dortigen Verhältnisse kennen, als sicher an, dass die Sozialisierung des Landes nicht so gross sein wird, um den besitzenden Klassen auf die Dauer jeglichen Einfluss zu nehmen. Im Gegenteil ist zu erwarten, dass nach Durchführung einer vernünftigen Agrarreform die Dinge mehr oder weniger ein ähnliches Gesicht haben werden, wie vor dem Kriege. Wenn Ukraina selbständig bleibt, dann werden die dortigen Polen nicht ohne Einfluss auf ihre politische Gestaltung bleiben. Unzufriedene und darum deutschfeindliche Polen aber werden nicht dazu beitragen, den Staat in politischer Freundschaft zu Deutschland zu erhalten.

Und Russland? Dass dieser Staat deutschfeindlich bleibt, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Die in ihm lebenden Polen, und ihre Zahl und Einfluss ist nicht gering, können ihn nur in dieser Tendenz bestärken.

Nimmt man hierzu die deutschfeindliche Tendenz des selbständigen Polens, der Polen in Oesterreich und Deutschland, so ergeben sich daraus Konsequenzen, die in ihren Wirkungen eine entschiedene Verschlechterung der Lage Deutschland und Oesterreich - Ungarns zum Osten herbeiführen.

Die Nachteile dieses Zustandes zu schildern, erübrigt sich. Sie leuchten einem Politiker ohne weiteres ein.

* * *

Für die Zukunft Deutschlands ist es von höchster Bedeutung, wie sich die Entwicklung der slavischen Welt in Europa im ganzen und in ihren einzelnen Völkerschaften gestaltet. Dass ihr hauptsächlichster Vertreter, Russland, in diesem Kriege zertrümmert worden ist, bildet für Deutschland einen politischen Vorteil, beseitigt jedoch die von dieser Seite für die Zukunft drohende Gefahr nicht.

Es ist klar, dass Russland durch die Ereignisse des Krieges auf eine gesündere Basis der Entwicklung gebracht, von neuem erstarren wird. Mag die Konsolidierung des modernen Russlands eine längere Zeit zur Ausreife beanspruchen, nach einer gewissen Zeit wird es wieder eine Grossmacht werden; eine gefährlichere, als es bis dahin war.

Deutschland fühlt das und sucht die Gefahr zu beseitigen, oder mindestens zu verkleinern, indem es die Randvölker als Staategebilde organisiert, aus denen es, indem es sie in eine feste Gemeinschaft zu sich zu bringen sucht, einen Schutzwall gegen Russland formen will.

Ganz besonders rechnet es hierbei auf die von den Zentralmächten gebildete Ukraina, einmal weil dieses

Land wegen seiner Lage, seines Umfanges und seines Bodenreichtums besonders günstige Aussichten hat, ein mächtiger Staat zu werden, dann aber auch, weil es ein slavischer Staat ist, während die Randvölker mit Ausnahme von Polen nicht slavisch sind. Es ist klar, dass nur das Vorhandensein eines starken slavischen Staates, der zu Russland in Konkurrenz tritt, indem er sich unzweideutig auf die Seite der Zentralmächte stellt, den Einfluss Russlands auf die slavische Welt beschränken und dadurch die von ihm drohende Gefahr für Europa beseitigen oder vermindern kann.

Ist nun begründete Aussicht vorhanden, dass die Ukraina dieses Mittel zum Zweck für Deutschland wird?

Nach dem Friedensschlusse mit der Ukraina schien dies auch den politisch erfahrenen Deutschen möglich zu sein. Aber schon die kurze Spanne Zeit vom Friedensschlusse bis jetzt hat diesen Glauben in vielen Deutschen erschüttert, namentlich seitdem das deutsche und österreichische Militär zwecks Pazifizierung des Landes in die Ukraina gekommen ist und Deutsche die Möglichkeit haben, die tatsächlichen ukrainischen Verhältnisse genauer kennen zu lernen.

Man hat sich überzeugt, was Kenner des Landes von allem Anfang behauptet haben, dass ein politisches Ukrainentum, das gewillt, befähigt und in der Lage wäre, ein besonderer Staat zu werden, in Wirklichkeit dort gar nicht vorhanden ist. Das, was in diesem Lande als Ukrainentum vor dem Kriege bestand, war ein im Verhältnis zur Grösse des Landes in den bescheidensten Grenzen sich haltendes, in der Hauptsache folkloristische Tendenzen verfolgendes Beginnen, dessen Träger einige idealistisch gesinnte, in der Mehrzahl junge Männer waren. Die Masse des kleinrussischen, jetzt mit Vorliebe als ukrainisch angesprochenen Volkes ist national indifferent und sieht sich auf Grund der Vergangenheit nur als russlandshörig an.

Politische Ukrainer gibt es in Ostgalizien (vor dem Kriege nannte man sie richtiger Ruthenen), und diese sind es, die durch eine überaus rührig und geschickt während des Krieges betriebene Agitation in Wort und Schrift die Idee von der auf ihre Befreiung harrenden Ukraina in Deutschland popularisiert haben.

Wie unter diesen Umständen die Ukraina als ukrainischer Staat sich konsolidieren, sich im Gegensatze zu Russland entwickeln und zum zuverlässigen Bundesgenossen Deutschland werden soll, ist unerfindlich. Der über Nacht entstandene Staat wird bestehen, solange die deutschen und österreichischen Truppen das Land besetzt halten. Mag die staatliche Neuordnung von Russland eine Form annehmen, welche es auch immer sei, mag sie monarchisch, republikanisch oder bolschewistisch werden, Ukraina wird über kurz oder lang nur ein Bestandteil von ihm werden, weil es ihr an der unerlässlichen Vorbedingung, um selbständig zu sein, fehlt: an dem auf nationalem Bewusstsein beruhenden Willen, ein Nationalstaat im Gegensatze zu Russland zu werden.

Je besser die Deutschen die ukrainischen Verhältnisse kennen lernen, umsomehr werden sie sich überzeugen, dass ein Staat nicht aus dem Boden zu stampfen, noch durch ein Dekret von Diplomaten zu schaffen ist.*)

*) Das alles war vor der soeben stattgehabten Umwälzung in der Ukraina niedergeschrieben. Diese bestätigt im vollen Masse obige Behauptungen. Die Neuordnung der Dinge wird, wenn sie sich erhalten kann, den von mir als sicher angenommenen Anschluss der Ukraina an Russland beschleunigen. Die neuen Männer, die mit sozialistischen Tendenzen nur mässig belastet sind, werden bestimmt den ihnen aus ihrer politischen Vergangenheit vertrauten imperialistischen Weg finden und gehen wollen, sobald sich eine günstige Gelegenheit hierzu bietet.

In den „Grenzboten“ sagt G. Kleinow zutreffend: „Der Strom, der die Regierung Skoropadzki tragen soll, führt nicht in einen ukrainischen Binnensee, sondern in das weite allrussische Meer mit seinen nach der Revolution erst recht unbegrenzten Möglichkeiten“.

Die deutsche Politik hat Recht, wenn sie Anschluss an den slavischen Osten sucht, aber sie ist auf einem falschen Gleise, wenn sie ihn wo anders sucht als bei Russland selbst oder — bei Polen. Einen anderen zweckmässigen Bundesgenossen gibt es im Osten für Deutschland nicht.

Deshalb verstehe ich durchaus jene deutschen Politiker, die ihre Hoffnungen auf Russland setzen und einem Bündnisse mit ihm das Wort reden. Theoretisch scheint das die beste Chance für die Zukunft Deutschlands zu sein, — wenn Russland in absehbarer Zeit sich staatlich konsolidiert und wenn es das Bündnis will, — alle Anzeichen sprechen allerdings dagegen, — oder wenn es das Bündnis haben können, denn England, Frankreich, Amerika und Japan werden hierbei ein gewichtiges Wort mitsprechen wollen.

Aber dann muss Deutschland Russland einen Frieden koncedieren, der es mehr oder weniger in der Grösse belässt, die es vor dem Kriege gehabt hat. Von einer Neuordnung der Randvölker und von der Bildung eines Schutzwalles aus ihnen für Deutschland kann in diesem Falle keine Rede sein. Dann war aber der Krieg mit Russland umsonst geführt; die politische Stellung Deutschlands zu Russland wird wiederum dieselbe werden wie vor dem Kriege. Ein Bündnis Deutschlands mit Russland stellt im ganzen und grossen den früheren Zustand wieder her mit allen früheren Gefahren. Denn es dürfte unzweifelhaft sein, dass Russland, wenn es erst im Bündnisse mit Deutschland erstarkt ist und sich mächtig genug fühlt, einen Kampf mit ihm zu riskieren, sich tatsächlich gegen Deutschland wenden wird. Für Russland ist ein Bündnis mit Deutschland keine Lebens- sondern lediglich eine Zweckmässigkeitsfrage. Darum dürfte dieser Weg für Deutschland kaum gangbar sein.

Es verbleibt Polen.

Die Proklamation vom 5. November 1916 wies der

deutschen Politik den einzig richtigen Weg im Osten, indem sie die Wiederherstellung des polnischen Staates aussprach. Ich verstand diese Willensäusserung der Centralmächte so, dass es ihre Absicht ist, Polen zum wirksamen politischen Konkurrenten Russlands in der Weltpolitik zu machen, dem es bestimmt ist, im engen Bündnisse mit Deutschland die Führung der slavischen Welt in Europa ausserhalb Russlands zu übernehmen, sie der westlichen Kulturgemeinschaft zuzuführen und dadurch Russland in diejenigen Schranken zurückzudrängen, von wo aus es keine Möglichkeit mehr hat, Europa zu bedrohen. Aus allerlei Anzeichen glaubte ich auch annehmen zu sollen, dass den deutschen Staatsmännern, die die Anreger jener Proklamation waren, diese politische Idee von weittragender Bedeutung hierbei vorschwebt hat.

Sie war richtig und sie bleibt richtig. Die unerquickliche Entwicklung der polnischen Dinge seit der Proklamation hat sie in Misskredit in Deutschland gebracht. Die politischen Leidenschaften bemühen sich, sie ihrer Bedeutung zu entäussern. Der nüchterne Sinn des Politikers muss jedoch trotz allem ihren Wert für Deutschland erkennen.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, den Politikern, für die diese Arbeit bestimmt ist, die Unmenge von kleinem politischen Wust, mit dem die polnische Frage in der Tagesmeinung vielfach umspinnen wird, um sie den Deutschen widerwärtig zu machen, im einzelnen auseinanderzusetzen und zu widerlegen. Die Stunde ist zu kostbar, um sich in solchen Dingen zu verlieren, und der erfahrene Politiker weiss, Spreu von Weizen zu unterscheiden. Ich will mich auf das Essenzielle beschränken. Hierbei kommt es auf zweierlei an:

1. Ist es mit Sicherheit anzunehmen, dass Polen, von Deutschland gross und mächtig, also auch zufrieden ge-

macht, der sichere und treue Bundesgenosse Deutschlands wird und bleibt?

Diese Frage kann entschieden bejaht werden, denn Polen hat als Staat eine Zukunft nur im Gegensatze zu Russland und im Bündnisse mit Deutschland. Auch für den am radikalsten gegen Deutschland orientierten polnischen Politiker ist es klar, dass der Staat Polen, wenn er etwa mit Russland sich verbinden sollte, unrettbar im russischen Meere — ganz gleich ob dieses vom Zarismus oder Bolschewismus beherrscht wird — untergehen muss. Die Geschichte liefert hierfür den unbestreitbaren Beweis. Die Zukunft Polens beruht auf dem Gegensatze zu Russland. Der Umstand, dass dieser Gegensatz und das Bündnis mit Deutschland eine unerlässliche Existenzbedingung für den polnischen Staat bildet, gibt die beste Garantie für die Zuverlässigkeit Polens als Bundesgenossen Deutschlands.

2. Kann der polnische Staat im Bündnisse mit Deutschland den Zentralmächten die Dienste erweisen, die ihr Lebensinteresse erheischt?

Das kann er, wenn er gross und mächtig genug von ihnen gemacht wird, um die Dienste voll leisten zu können, zu denen es nach meiner Meinung gleichsam prädestiniert ist.

Ein Polen auf 100 000 qkm., wie es anscheinend geplant wird, kann hierzu nicht imstande sein. Umsoweniger als dieses Territorium übervölkert, strategisch vollkommen entblösst, wirtschaftlich auf ungünstige Vorbedingungen der Entwicklung gestellt ist.

Wenn noch keine Friedensschlüsse vorlägen und wenn es darauf ankäme, den polnischen Staat zweckmässig nach jeder Richtung hin bestimmen zu sollen, dann würde er unter Respektierung der Grenze von Preussen und Oesterreich im Norden durch die Düna, im Osten durch die Berezina und Dniepr begrenzt werden, im Süden ihm Wolhynien und Podolien zugewiesen werden müs-

sen. Das Areal dieses Staates würde etwa 450 000 qkm. betragen und etwa 36 Millionen Einwohner zählen.

Polen würde dann noch nicht ganz $\frac{2}{3}$ des alten Königreichs Polen in den Grenzen von 1770 umfassen. Diese Grösse ist seinerzeit nicht durch einen Zufall oder besonderen Glücksumstand entstanden. Sie war vielmehr das Ergebnis der politischen Voraussicht polnischer Staatsmänner, die die Staatsnotwendigkeiten Polens gegenüber Russland schon damals zu erkennen verstanden. Sollten Lehren der Geschichte nichts für die Jetztzeit bedeuten?

Fühlt sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch die Friedensschlüsse mit der Ukraina und Russland definitiv gebunden, dann kann die Neuordnung der Dinge im Osten nicht mehr in dem Masse günstig für Deutschland gestaltet werden, wie es sein Interesse erfordert. Dann müsste wenigstens danach getrachtet werden, Polen in den Grenzen der noch vorhandenen Möglichkeiten gross zu machen. Eine Grenze für Polen mit Düna, Berezina und Pripet und eine Vereinigung mit Litauen in irgendeiner, auch Deutschland genehmen Form liegt nicht ausserhalb des Bereiches dieser Möglichkeit. Ein solches Polen würde immerhin noch über 300 000 qkm. umfassen und rund 24 Millionen Einwohner zählen, darunter etwa 14 Millionen Polen, 4 Millionen Weissrussen, 3 Millionen Juden, 2 Millionen Litauer.

Ein solches Polen könnte die Aufgaben, die es gegenüber dem eigenen Volke und den Zentralmächten zu erfüllen hat, tatsächlich vollbringen.

Es hat Raum genug, um seine Bevölkerung zu ernähren, ihren Ueberschuss innerhalb der eigenen Grenzen anzusiedeln und von den ausserhalb des Staates lebenden Volksgenossen so viele bei sich aufzunehmen, wieviele den Wunsch haben werden dorthin einzuwandern.

Es hat Menschen genug, um eine grosse Armee aufstellen zu können und das durch strategisch günstige Grenzen gesicherte Land im Osten wirksam zu schützen.

Es hat wirtschaftliche Vorbedingungen, die es in die Lage setzen, seine Wirtschaft in jeglicher Richtung sowohl in seinem eigenen Interesse, als auch im Interesse der Centralmächte entwickeln zu können.

Ein solches Polen wird für die polnische Nation der feste Pol werden, um den geschaart, es eine neue Zukunft für sich aufbauen kann.

Für die Centralmächte wird es einen Schutzwall gegen Russland, für Deutschland ein Absatzgebiet für seine Industrie und eine Kornkammer für seine Ernährung bilden.

Für Europa kann es jener Faktor werden, der bewirkt, dass das Wort Napoleons vom »kosakischen« Europa für immer nur ein geflügeltes Wort bleibt.

3. Deutscherseits könnte noch eine dritte Frage als essenziell aufgeworfen werden: ob die Polen, wenn ihr Staat zu der grossen Aufgabe berufen wird, genügend staatsmännische Fähigkeit und praktische Tüchtigkeit zeigen werden, damit Polen alle die Hoffnungen erfüllt, die man auf den neuen Bundesgenossen setzt. Hierbei liegt für den Deutschen nahe, an den Untergang des polnischen Staates sich zu erinnern und darin ein ungünstiges Prognostikon für das neue Polen zu erblicken.

Hierzu ist zu sagen, dass Polen gerade in dem Augenblicke geteilt worden ist, als es im Begriff war, sich staatlich wiederum zu consolidiren. Die Verfassung vom 3. Mai 1791, hervorgegangen aus dem sogenannten vierjährigen Landtage, gab dem Staate neue und für jene Zeit höchst moderne Grundlagen. Reform des Heeres und der Verwaltung, Erblichkeit des Thrones, Abschaffung des verhängnissvollen liberum veto, Verselbständigung der Städte, die in der Verfassung angekündigte Befreiung der Bauern aus dem Hörigkeitsverhältnisse, — das waren die

Grundpfeiler, auf denen das neue Polen sich aufbauen sollte.

Die Tatsache allein, dass die Mehrheit des Landtags diese Reformen beschlossen hat, gibt Zeugnis dafür, dass die Nation nicht nur die eingerissenen Uebel erkannt, sondern auch die zur Gesundung des Staates geeigneten Mittel gefunden und den neuen Weg zielbewusst beschritten hat. Sie kam nicht dazu, die Reformen durchzuführen, weil Russlands imperialistische Politik sie daran gehindert hat.

Aber der Wille hierzu wirkte auch in der Folgezeit noch so stark nach, dass das Napoleonische Grossherzogtum Warschau überaus günstig sich entwickelte und das aus dem Wiener Kongress hervorgegangene Polen die relative Freiheit, die es damals noch genoss, überaus klug ausnützte, um das Vaterland in der kurzen Spanne Zeit von 1815 bis 1830 innerlich in jeder Richtung auszubauen und auszurüsten. Das durch die Teilungen auf ein Sechstel des früheren Umfanges verkleinerte, durch die Napoleonischen Kriege verarmte Land fühlte schon nach 15 Jahren emsiger staatlicher Arbeit die Kraft in sich, einen regelrechten Krieg mit Russland im Jahre 1830/31 um seine Freiheit zu führen. Es unterlag der Uebermacht, aber hätte es überhaupt ein Jahr der Kämpfe aushalten können, wenn ihnen nicht eine auf zielbewusst erkannter Staatsnotwendigkeit beruhende tüchtige Arbeit vorangegangen wäre?!

So schwierig die Lage Polens zur Zeit des letzten Königs auch war, für Kenner der Geschichte ist es kein Geheimnis, dass die staatsbildende Fähigkeit der Nation gerade aus den Begebnissen dieser Zeit unzweifelhaft erhellt.

Aber warum sollte man nur das letzte Jahrhundert der polnischen Geschichte zum Nachweise der Fähigkeit anführen? Es gibt noch sieben frühere Jahrhunderte dieser Geschichte, die zahlreiche, glänzende Beweise

hierfür liefern. Wäre es überhaupt möglich gewesen, dass Polen ein so mächtiger Staat werden — am Ende des XV. und Anfang des XVI. Jahrhunderts war es der grösste Staat in Europa, — und Jahrhunderte lang sich hätte erhalten können, wenn es der Nation an staatsbildenden Fähigkeiten mangelte?

Die Geschichte spricht somit für Polen als staatlichen Faktor.

Aber nicht minder spricht dafür auch die jüngste Vergangenheit derjenigen Teile Polens, in denen die positiven Fähigkeiten des Volkes sichtbar werden konnten.

Galizien hat in den letzten 50 Jahren eine Fülle von hervorragenden politischen Talenten hervorgebracht, aus denen Oesterreich eine grosse Anzahl als Minister, und nicht die schlechtesten, zur Führung staatlicher Aufgaben verwenden konnte.

In diesem Zusammenhange kann auch auf die Polen in Preussen hingewiesen werden.

Sie kamen allerdings nicht dazu, sich staatlich nach jeder Richtung hin betätigen zu können und ihre politische Begabung in positiver Weise zu erweisen. Der immerwährende Kampf auf politischem Gebiete hat sie in dieser Hinsicht ungünstig beeinflusst. Aber trotzdem, was sie sonst für ihr Volkstum organisatorisch in den letzten 50 Jahren geleistet haben, zeugt doch sicherlich für ihre Befähigung, Positives zu leisten.

Das wird von deutscher Seite so sehr anerkannt, dass man gerade darin vor dem Kriege eine Gefahr für Preussen gesehen hat. Hätte ein schlappes Volk dem überaus grossen, von allen Seiten und mit allen Machtmitteln unterstützten Drucke so gut standhalten können, wie ihn die Polen in Preussen ausgehalten haben?!

Das polnische Volk besitzt wohl die Fähigkeiten, einen tüchtigen Staat zu bilden. Es fehlt ihm nur die Schulung, ein Staat zu sein. Und gerade aus diesem Grunde empfehle ich die Lösung der polnischen Frage

in starker Anlehnung an Deutschland, damit Polen durch Zusammenarbeit mit ihm erlernt, wie man es anstellen muss, um seinen Staat tüchtig zu machen.*)

* * *

Die angedeuteten Vorteile für die Centralmächte können erzielt werden, wenn das selbständige Polen ein festes Bündnis zwar mit beiden Centralmächten schliesst, aber militärisch und wirtschaftlich in besonderer Weise sich an Deutschland anlehnt.

Von den politischen Folgen, die sich aus einer solchen Lösung ergeben, möchte ich eine besonders hervorheben, weil sie den deutschen Politiker in erhöhtem Masse interessiert: die Folgen mit Bezug auf die Polen in Preussen.

Die preussische Regierung hat ihre polnische Politik namentlich in den letzten 30 Jahren damit begründet, dass die Polen eine politische Gefahr für den preussischen Staat bilden. Mit aller Ausdrücklichkeit ist dabei — auch von höchster Stelle — betont worden, dass es den Polen unbenommen sein solle, ihre religiösen und nationalen Eigentümlichkeiten zu bewahren und zu pflegen, wenn sie weitergehenden politischen Tendenzen entsagen. Darunter verstand man jedes auf eine Abtrennung der polnischen Lande von Preussen gerichtete Streben. Hieraus ist der logische Schluss zu ziehen, dass der preussische Staat die polnische Frage in Preussen anders behandeln will, wenn sie der politischen Tendenz entäussert und nur zu einer Kulturfrage wird.

Ist dies von einer Lösung der ganzen polnischen Frage, wie ich sie verfechte, zu erwarten?

Auf den ersten Blick scheint dies nicht der Fall zu sein. Ja, manchem Deutschen erscheint die Gefährlich-

*) Über diese Frage informiert ausführlich das in deutscher Sprache, im Verlag von Perles, Wien, erschienene Buch: A. Choleński, Geist der Geschichte Polens.

keit der polnischen Frage in Preussen gewachsen zu sein, seitdem ein polnischer Staat im Entstehen begriffen ist. Wer so urteilt, hat nur die nackten Tatsachen vor Augen, erwägt dagegen nicht ihre Wirkungen in naher und ferneren Zukunft.

Die Entstehung des polnischen Staates hat das bisherige Ideal der preussischen Polen verwirklicht, allerdings nicht für sie selbst. Der polnische Staat wird selbstverständlich der einzig berechtigte Repräsentant des polnischen Volkes sein und die offizielle polnische Politik führen. Wenn er in ein enges Bündnis zu Deutschland gebracht wird, kann seine Politik der deutschen Politik nicht entgegenarbeiten, sonst würde das Bündnis aus den Fugen gehoben werden. Das allgemeine Interesse des polnischen Staates, das aus dem Bündnisse mit Deutschland für ihn entspringt, wird immer grösser und gewichtiger sein als das Interesse, die polnischen Lande Preussens an sich zu bringen. Eine polnische Irredenta in Preussen wird somit von ihm abgelehnt werden, weil sie die Staatsinteressen Polens zu schädigen geeignet wäre. Das höhere Interesse des Staates wird hierbei immer den Ausschlag geben.

Die Wirkung aller dieser Umstände auf die Polen in Preussen wird, je länger, desto nachhaltiger, darin bestehen, dass sie angesichts der Aussichtslosigkeit ihres politischen Strebens ihre politischen Bemühungen einschränken und sich den kulturellen Aufgaben ihres Volkstums zuwenden werden. Dies umso sicherer, als es wahrscheinlich ist, dass ein Teil der politischen polnischen Intelligenzen mangels einer erfolgreichen Betätigungsmöglichkeit in Preussen nach dem polnischen Staate auswandern wird, wo ihr Tätigkeitsdrang und ihr Ehrgeiz ein reiches und aussichtvolles Feld finden kann. Ueberhaupt dürfte mit dem Aufbau des polnischen Staates ein ständiger Abfluss von Polen aus Preussen nach Polen zu erwarten sein. Die Beamten- und Offizierslaufbahn,

sowie wirtschaftliche Berufe werden viele wegen des besseren Fortkommens locken.

Die polnische Frage in Preussen wird unter diesen Umständen ihre politische Schärfe verlieren und dem Staate keine Verlegenheit bereiten, namentlich dann, wenn keine Ausnahmegesetze zum Widerstand reizen und wenn zwischen Deutschland und Polen vernünftige Vereinbarungen über den Schutz der nationalen Minoritäten in beiden Staaten getroffen werden. Jedenfalls wird sie, eingekeilt zwischen das Deutsche Reich und den mit ihm verbündeten polnischen Staat, absolut keine politische Gefahr mehr für Preussen und Deutschland sein.

Das Bündnis Polens mit Deutschland wird das an sich tragische Geschick der Polen in Preussen, die das »gelobte Land« vor Augen haben und es doch nicht erreichen können, — wofür deutscherseits ein menschliches Verstehen sich einstellen sollte, — insofern erträglicher machen, als es ihnen unbenommen bleibt, gerade infolge des engen Bündnisses mit Polen in reger Kulturgemeinschaft zu bleiben. Ihre historische Aufgabe dürfte darin bestehen, die friedlichen Mittler zwischen zwei Kulturen zu sein.

* * *

Das Bild der polnischen Frage, das ich hier gebe, wäre unvollständig, wenn ich die sogenannte austro-polnische Lösung nicht wenigstens erwähnte, umso mehr als deutsche Politiker von Ruf zu ihren Anhängern gehören.

Die austro-polnische Lösung besteht darin, dass das Kongresspolen, mit Galizien zu einem Staate vereinigt, einen Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie bilden soll.

Man spricht von Freunden und Gegnern dieser Lösung unter den Polen. Ich glaube, dass diese Charakterisierung das nicht trifft, worauf es ankommt. Kein Pole

ist Gegner einer Lösung, die ihm einen polnischen Staat bringt. Bei dem Streite der Meinungen über diese Frage handelt es sich lediglich darum, welche der möglichen Lösungen Polen die beste Zukunft sichert. Und da bin ich der Ansicht, dass die von mir empfohlene den Vorzug vor der austro-polnischen hat.

Diese könnte erst dann in Frage kommen, wenn die politischen Voraussetzungen, die der von mir empfohlenen Lösung zur Basis dienen, bei deutschen Staatsmännern keinen Anklang finden, weil dieselben den Wert Polens für Deutschland und Europa nicht so hoch einschätzen, wie ich es tue, und weil es somit ihre Absicht ist, dem Staate Polen eine untergeordnete Aufgabe in der Weltpolitik zuzuweisen.

Die austro-polnische Lösung hat für die Polen nur den einen Vorzug, dass sie zwei Teile des ehemaligen Polens — Kongresspolen und Galizien — zusammenbringt. Aber sie gibt ihnen nicht, was für sie, wie für jede Nation das Wünschenwerteste ist: die tatsächliche staatliche Selbständigkeit.

Dazu kommt, dass sie ihnen unter Umständen auch noch einen überaus grossen Nachteil bringen könnte.

Bei der von mir verfochtenen Lösung glaube ich annehmen zu sollen, dass grössere Annexionen polnischer Gebiete für Deutschland als geboten nicht erscheinen werden, weil alle Interessen Deutschlands, — insbesondere die militärischen, — durch das enge Bündnis mit Polen in jeder Hinsicht genügend gewahrt werden können.

Die Frage von wirklichen Grenzberichtigungen aus strategischen Gründen, wenn sie in der Zeit der weittragenden Kanonen und Unmengen von Explosivstoffen tragenden Flugzeuge überhaupt gestellt werden sollte, wird man — namentlich wenn von ihr das Ganze abhinge, — offen halten müssen, wiewohl auch diese für

das territorial so wie so schon beschränkte Polen ins Gewicht fallen.

Das jedoch, was alldeutsche Kreise von Polen abzutrennen vorschlagen und was bei einer austro-polnischen Lösung sich zu einer Forderung verdichten könnte, ist nicht mehr als Grenzberichtigung anzusehen, sondern muss als typische Annexion charakterisiert werden.

Eine Grenzlinie Płock, Koło, Wartelauf, Bendzin, würde etwa ein Viertel des Kongresspolens von Polen abschneiden. In diesem Gebiete wohnen etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen Menschen, davon etwa 2 Millionen Polen.

Diese Massnahme würde für Preussen eine Steigerung der Zahl der Polen auf rund 6 Millionen bringen. Etwa ein Drittel der polnischen Nation würde in Preussen wohnen. Die Folge hiervon würde nicht eine friedlichere Gestaltung der polnischen Frage in Preussen sein, sondern eine Verschärfung der ganzen polnischen Frage herbeiführen, wie sie grösser kaum gedacht werden kann. Das erst dürfte den wirklichen grossen Hass des Polentums gegen das Deutschtum entfachen und ihn zum nationalem Programm machen, was er heute trotz allem, was von beiden Seiten über ihn agitatorisch gesprochen wird, noch nicht ist.

Die austro-polnische Lösung erreicht weder für Polen noch für Deutschland das alles, was bei einer Anlehnung Polens an Deutschland mit Sicherheit zu erwarten ist.

Sie hat auch noch besondere Schattenseiten, die zu erkennen einem polnischen und deutschen Politiker nicht schwer fallen dürfte. Ich halte es nicht für meine Aufgabe, mich hier im einzelnen über die austro-polnische Lösung auszusprechen.

* * *

Nach Ansicht vorausschauender Politiker der Mittelmächte wird nach dem Kriege ein politisch, militärisch

und wirtschaftlich in sich geeintes Mitteleuropa eine Notwendigkeit werden, wenn die Menschheit vor Kriegen, wie der jetzige, bewahrt werden soll. Massgebende deutsche, oesterreichische und ungarische Kreise scheinen von dieser Ueberzeugung durchdrungen zu sein, da sie darangehen, das bis dahin zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestehende Bündnis auszubauen und zu vertiefen.

Ist ein Mitteleuropa, das seinen Zweck voll und auf die Dauer erfüllen soll, ohne ein starkes, selbständiges, mit seinem Lose zufriedenes Polen möglich? Man braucht sich bloß die Karte von Europa vom diesem Gesichtspunkt aus anzusehen, um ohne weiteres zu erkennen, dass ein Polen mit der Ost- und Südgrenze, wie ich sie oben angedeutet habe, die grosse Schöpfung erst richtig vollenden kann.

Naumann, der beredte Anwalt von Mitteleuropa, nimmt die Zugehörigkeit Polens zu diesem Staatenbunde, als selbstverständlich an. Er sagt in seinem Buche: »Mitteleuropa«: »Es kann sehr wohl sein, dass die Aufrihtung Polens der stärkste Antrieb zur Herstellung von Mitteleuropa wird«. Wegen der ungeklärten Lage der polnischen Frage, die vorlag, als er sein Buch herausgab, äussert er sich zwar über die Art der Beteiligung Polens an diesem Staatenbunde nicht. Aber schon der angeführte Satz dürfte beweisen, für wie wichtig er die Rolle Polens in Mitteleuropa hält.

Ein Polen, das sich von der Ostsee bis an die Moldau breit zwischen den Westen und Osten legt, gibt Mitteleuropa erst den sicheren Halt nach dem Osten und bewirkt, dass ein fester Staatenblock auf über 1½ Millionen qkm. mit rund 155 Millionen Menschen entsteht, der militärisch nach beiden Seiten gesichert ist und wirtschaftlich zwar nicht unbegrenzte, aber doch so grosse Möglichkeiten der Entwicklung hat, dass er im Vereine

mit dem Balkan und der Türkei sich selbst, wenn es nicht anders geht, genügen kann.

* * *

Im Vorstehenden habe ich Dinge besprochen, von denen ich weiss, dass sie in Deutschland und in Polen zu den meist umstrittenen gehören. Ich bin gewärtig, dass meine Ausführungen auf beiden Seiten auf gegensätzliche Meinungen stossen werden. Wenn diese jedoch mit derselben Offenheit und politischen Nüchternheit vorgebracht werden, um die ich mich bemühte, kann das der Sache selbst nur nützlich sein. Es muss Klarheit werden zwischen Deutschland und Polen.



